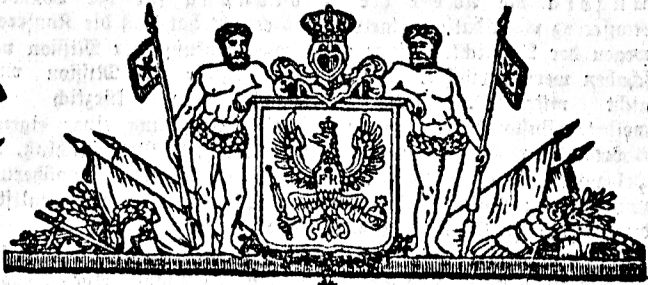


Wossische



Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

20 Pfennig

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag: Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul Eibau, Berlin, Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Kommunisten und Nationalisten.

Eine Seelengemeinschaft.

Die Zentrale der kommunistischen Partei wendet sich in einer Erklärung gegen die Verbrüderung ihrer Münchener Parteigenossen mit einer Gruppe Rechtsradikaler. In der Erklärung wird die Haltung der kommunistischen Abgeordneten im bayerischen Landtag und die Aufnahme deutsch-nationaler Artikel in der „Neuen Zeitung“ mißbilligt und betont, „daß dieses Verhalten nicht im Einklang mit den Grundsätzen der kommunistischen Partei stehe. Der Berliner „Freiheit“ geht dieses Abweichen nicht weit genug. Sie schreibt:

„Die Scheidung zwischen den nationalstischen und „grundstreu“ Kommunisten scheint deshalb auf Schwierigkeiten zu stoßen, weil die Münchener Schwabinger nichts anderes bedeutet, als die sinngemäße Uebertragung der von Mostau im Orient betriebenen Politik auf die deutschen Verhältnisse. Sinowjew hat mit Enver Pascha in Baku den Bruderkuß ausgetauscht; Paul Levi hat Enver Pascha im Deutschen Reichstag der deutschen Bourgeoisie als Muster vorgeführt, was will also die kommunistische Zentrale von Otto Graf und Otto Thomas?“

Vielleicht ist es mehr als Zufall, daß die Annahme der Einladung nach London von der „Roten Fahne“ unter der Ueberschrift: „Der Canossengang“ mitgeteilt wird und von der „Deutschen Tageszeitung“ unter dem Titel: „Der Londoner Canossa-Gang“. Zwei Seelen und ein Gedanke, zwei Herzen und ein Schlag.

Bayern für das Reich.

Der Beschluß, den das bayerische Kabinett gestern gefaßt hat, ist der Reichsregierung durch einen besonderen Abgeordneten, Staatsrat Meinel, mitgeteilt worden, der dem Reichsminister Dr. Simons heute vormittag einen längeren Besuch abgestattet hat.

Eine offizielle Mitteilung an die Öffentlichkeit ist bisher nicht erfolgt. Es liegt aber Grund zur Annahme vor, daß die bayerische Regierung vor die Frage gestellt: Reich oder Einwohnerwehr, sich im Sinne des Reichsgedankens entschieden, und dabei die Zustimmung aller Parteien des bayerischen Landtages gefunden hat. Das ist nicht anders zu erwarten gewesen. Die Schwierigkeiten, denen sich die Regierung Rahr in bezug auf die Auflösung der Einwohnerwehr gegenübersteht, werden in Berlin durchaus nicht verkannt. Um so größer ist die Bedeutung dieses Beschlusses, der dem Reiche gewichtige bayerische Sonderinteressen opfert.

Die Reichsregierung hat nunmehr für die Londoner Konferenz die Bahn vollkommen frei und weiß alle Länder und alle Parteien in einer geschlossenen Front hinter sich, wenn sie in London unter Beiseitelegung der Entwaffnungsfrage ausschließlich über die Reparationsfrage verhandelt und den Kampf um Deutschlands Daseinsmöglichkeit führt.

Der Handelsvertrag mit Jugoslawien.

v. Belgrad, 8. Februar.

Handelsminister Rukowec hat gestern dem Ministerrat die Ergebnisse der Verhandlungen mit den deutschen Delegierten mitgeteilt. Der Ministerrat nahm den Bericht zur Kenntnis und beschloß, über die Dinge weiter zu verhandeln.

Den hiesigen Amtsstellen liegt eine Meldung über das Ergebnis der deutsch-jugoslawischen Verhandlungen, die den Abschluß eines Handelsvertrages erstrebten, noch nicht vor.

Die Debatte in der Pariser Kammer.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

zn Paris, 9. Februar.

Nach dem „Journal“ ist es zweifelhaft, ob heute nachmittag die Debatte über die Pariser Beschlüsse in der Kammer bereits zu Ende geführt werde, da noch zahlreiche Redner, darunter Desjardins und Tardieu, sich zum Wort gemeldet hätten. Jedenfalls werde die Sitzung wieder sehr bewegt werden. Das von Briand bereits gebilligte Vertrauensvotum, das von dem Obersten Fabry eingebracht wird, hat folgenden Wortlaut:

„Die Kammer vertraut in die Regierung, um die begonnenen Unterhandlungen mit unseren Alliierten fortzuführen, und zwar im vollen Einverständnis mit ihnen, um die volle Ueberwindung Deutschlands herbeizuführen, die Rechte Frankreichs auf seine Wiedergutmachungen zu wahren und die unerlässlichen finanziellen Erleichterungen für seine wirtschaftliche Wiederherstellung zu realisieren. Sie rechnet auch auf die Festigkeit der Regierung in der Anwendung aller Sanktionen, die notwendig und dazu bestimmt sind, die Ausführung des Versailler Vertrages zu garantieren und geht zur Tagesordnung über.“

Die Savasagentur rechnet damit, daß die Debatte heute zu Ende gehen wird. Briand werde noch einmal reden. Die Annahme des Vertrauensvotums sei sicher. Bevor der Ministerpräsident sich nach London begeben werde er noch das gesamte Reparationsproblem vor dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten im einzelnen darlegen.

Die deutschen Vertreter für London.

Dr. Simons und Dr. Wirth.

Wie wir hören, wird sich die deutsche Regierung auf der Londoner Konferenz durch den Reichsminister des Inneren Dr. Simons und den Reichsfinanzminister Dr. Wirth vertreten lassen. Die Minister werden von einem Stabe politischer, hauptsächlich aber finanzieller und volkswirtschaftlicher Sachverständiger begleitet werden.

Die Sachverständigen sind bereits zur Mitwirkung an der Ausarbeitung der deutschen Gegenentwürfe herangezogen worden. Im Auswärtigen Amt findet heute nachmittag eine Sachverständigen-Konferenz statt, an der die Vertreter der beteiligten Ministerien, hervorragende Persönlichkeiten der deutschen Finanz- und Volkswirtschaft teilnehmen.

Wie wir von zuständiger Seite erfahren, hat der englische Botschafter der deutschen Regierung heute die schriftliche Einladung zur Londoner Konferenz überreicht. Der Wortlaut der Einladung wird in Berlin gleichzeitig mit der deutschen Antwort veröffentlicht werden.

Die deutschen Gegenentwürfe.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

zn Paris, 9. Februar.

Nach den Meldungen der Pariser Presse hat die deutsche Antwort auf die Einladung nach London, die dem französischen Geschäftsträger in Berlin übergeben worden ist, folgenden Wortlaut:

„Die deutsche Regierung nimmt unter Hinweis auf die Unterhaltung, die zwischen Seiner Excellenz dem französischen Botschafter und dem Reichsminister des Inneren stattgefunden hat, die Einladung, die Seine Excellenz mir bestätigt hat, an und wird am 1. März bevollmächtigte Vertreter nach London schicken. Sie setzt dabei voraus, daß bei den Verhandlungen auch die Vorschläge besprochen werden, deren Unterbreitung auf der Konferenz die deutsche Regierung sich vorbehält.“

Der „Petit Parisien“ steht in der Antwort einen Beweis von gutem Willen. Man muß aber erwarten, daß die Diskussion in London sehr lebhaft sein werde. Deutschland werde jedenfalls radikale Gegenentwürfe vorbringen. Aber die Alliierten wüßten, was sie zu antworten hätten. Die große Arbeit, die von den Sachverständigen in Brüssel geleistet sei, werde ihnen gestatten, die meisten deutschen Einwendungen zurückzuweisen, insbesondere die Behauptung, die Erhebung von 12 v. H. auf die Ausfuhr sei dazu angetan, den deutschen Handel zu lähmen und den amerikanischen Kunden zu schaden. Die Abgabe sei von den deutschen Sachverständigen angenommen worden. (?) Der „Matin“ will aus dem Text der deutschen Antwort schließen, daß Deutschland die Annahme der Einladung nach London an keine Bedingungen geknüpft habe. Das „Journal“ erklärt, die Verunsicherung habe in Berlin über die Aufreizungen der Rechtsparteien gestiegen.

Der Berichterstatter des „Echo de Paris“ in Berlin meldet: Ich habe mich in der Wilhelmstraße bei einer der Ministern sehr nahestehenden Persönlichkeit erkundigt, die mir erklärte, daß die deutsche Regierung sich darüber klar ist, daß es sich nicht darum handelt, Versprechungen zu machen, sondern den Alliierten feste Vorschläge über den Zahlungsmodus vorzulegen. Da ich Zweifel hegte über die Aufnahme, die die Gegenentwürfe finden werden, sagte mir die betreffende Persönlichkeit:

„Ich kann Ihnen jetzt schon sagen, daß die von der deutschen Regierung gesuchte Lösung darin besteht, Mittel zu finden, um Frankreich in kurzer Zeit ernsthafte Pfänder zu bieten. Ebenso legt sich Deutschland darüber Rechenschaft ab, daß es zahlen wird. Die Konferenz der Sachverständigen aller Industriezweige und der Finanzen, die in den letzten Tagen in der Wilhelmstraße beriet, hat erwiesen, daß Deutschland nicht die verlangten Beschränkungen auf sich nehmen kann. Die deutsche Regierung rechnet indes damit, in London ihre Karten zu zeigen und konkrete Gegenentwürfe über die Zahlungen vorlegen zu können.“

London, 9. Februar. (W. T. S.)

Reuter meldet aus Berlin, in dortigen britischen und französischen Kreisen werde die Antwortnote Deutschlands auf die Einladung zur Teilnahme an der Londoner Konferenz für befriedigend angesehen. Der Ton der deutschen Antwort sei verständlicher, als ursprünglich erwartet worden sei, und dies werde dahin ausgelegt, daß Dr. Simons sich in seiner Haltung von bedachtamen und einsichtsvollen Erwägungen habe leiten lassen. (Siehe auch nächste Seite.)

Das englische Arbeitslosenproblem.

Von

Dr. W. J. Edwards.

Bei der Erörterung der Arbeitslosigkeit in England pflegt man auf dem Kontinent zwei Faktoren, die geeignet sind, die wahre Natur des Problems zu verschleiern, in den Vordergrund zu schieben: die hohe Ziffer von zurzeit rund 1 000 000 Arbeitslosen und den Charakter des von der Regierung und den Arbeitgeberverbänden vorgeschlagenen Hilfsmittels, die innerhalb jedes Gewerbezweiges auf dem Wege der Selbstverwaltung durchzuführende Kurzarbeit. Gewöhnlich werden diese beiden Faktoren in die äußerst oberflächliche und dem wahren Stand der Dinge keineswegs gerechte Verbindung gebracht: infolge der hohen Arbeitslosenziffer müsse die Regierung, um soziale Unruhen zu vermeiden, der Arbeiterschaft den Grundsatz der Kurzarbeit aufzuerlegen.

Die Arbeitslosigkeit in England wird im Gegensatz zur Arbeitslosigkeit auf dem Kontinent, die im wesentlichen durch den Rohstoffmangel bedingt ist, durch eine Absatzkrise auf dem Weltmarkt und durch Mängel bei der Umstellung der englischen Kriegswirtschaft auf die Friedenswirtschaft verursacht. Die internationale Konsumkrise, in der sich die außereuropäische Welt befindet, hat dazu geführt, daß England und Amerika mit großen Mengen aufgestapelter hochwertiger Industrieprodukte versehen sind, die sie nur gegen erhebliche Preisabschläge langsam abstoßen vermögen. Um die Produktion in dem für einen rationellen Betrieb der englischen Wirtschaft notwendigen Umfang auch bei den neuen niedrigen Preisen fortsetzen zu können, müssen die Betriebsmethoden rationalisiert werden. In der Eisenindustrie, in der Elektrizitätsindustrie und durch Fortschritte in der Textilindustrie sind hier schon wesentliche organisatorische Fortschritte erzielt worden, deren Wirkung in steigendem Umfange zutage tritt.

England ist in den Krieg gegangen mit verhältnismäßig wenigen und nicht besonders leistungsfähigen industriellen Anlagen für die Erzeugung der modernen Kriegsgüter. Als sich im Jahre 1915 herausstellte, daß der Weltkrieg nicht nur durch Massen, sondern auch durch Material entschieden werden würde, hat Lloyd George als Munitionminister in beispiellos kurzer Zeit eine leistungsfähige Kriegsindustrie ins Leben gerufen, die mit Hilfe ausgebeuteter amerikanischer Lieferungen die wichtigsten Materialbedürfnisse aller alliierten Heere befriedigt hat. Er hat dieses Ziel erreicht, indem er die letzte arbeitsfähige Hausdame und die schwächsten Kräfte durch eine vorzügliche Organisation, die bei der Verwendung der Arbeitskräfte sehr geschickt differenzierte, in den Dienst der nationalen Produktion gestellt hat. Daraus ergab sich naturgemäß eine ungeheure Vermehrung der in gewerblichen Leben tätigen Arbeitskräfte. In einem Lande, das, wie England, vor dem Kriege im wesentlichen auf die Arbeit der erwachsenen und leistungsfähigen Männer aufgebaut war und die Frauennarbeit vorzugsweise nur in Gestalt der Fabrikarbeit junger Mädchen anwendete, entstanden plötzlich neue Millionen Arbeiter und vor allem Arbeiterinnen, die vordem zu Hause geblieben waren, den Garten oder den Haushalt versorgten bzw. leichte Feldarbeit oder Arbeit als hauswirtschaftliche Aushilfskräfte verrichteten. Alle diese im wesentlichen ungelenteten Kräfte wurden in das Arbeitsheer eingereiht, fanden Geschicklichkeit und Verbiegen und forderten auch nach Rückkehr der Arbeiter aus dem Felde Arbeitsgelegenheit. Das englische Arbeitslosenheer besteht also heute zu einem ganz erheblichen Teil aus Elementen, die arbeiten wollen, die arbeiten gelernt haben, ohne Facharbeiter zu sein, die aber nicht unbedingt auf den vollen Broterwerb aus eigener Arbeit angewiesen sind.

Obwohl alle Unternehmerverbände und alle einseitigen englischen Volkswirte darin übereinstimmen, daß nur intensive Mehrarbeit Englands Verschulden an Amerika abtragen und Englands Baluta wieder auf den Wert der amerikanischen Heben kann, bietet die lohnende Beschäftigung dieser neuen Arbeitskräfte aus der Kriegszeit neben der aus dem Felde zurückgekehrten Arbeiterschaft, angesichts der Absatzkrise erhebliche Schwierigkeiten. Um die vermehrte Produktionskraft, die in den neuen Arbeiterheeren schlummert, auszunutzen, sind alle großen Industriezweige Englands seit Kriegsende eifrig damit beschäftigt, trotz des Veredes von schlechten Zeiten, ihre Anlagen zu vergrößern und mit den neuesten und modernsten Fabrikationswerkzeugen auszustatten. Bezeichnend dafür ist, daß die großen Maschinenfabriken Englands schon im vorigen Jahre, bevor der Abbau der provisorischen Kriegsindustrie so nachdrücklich in die Erscheinung trat, bereits erklärten, daß sie wichtige Zweige ihrer Produktion auf sechs bis acht Jahre hinaus ausverkauft hätten.

Bis zu dem Zeitpunkt, wo alle diese neuen Maschinen bereitstehen und die neuen Fabriken gebaut sind, vergehen naturgemäß einige Jahre. Es sind Jahre, die für die psychologische Verfassung des Arbeitswillens der breiten Massen der englischen Bevölkerung von entscheidender Bedeutung werden können. Auf der einen Seite stehen die Gewerkschaften, die gegen die Eingliederung der neuen „ungelernten“ und teilweise „unorganisierten“ Arbeiter Stellung